des Friedens und der Sicherheit aller Völker dar stellen und die internationale Lage gefährlich zuspitzen. Daher verurteilen die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Bulgarien diese aggressiven und abenteuerlichen Pläne und rufen alle friedliebenden Kräfte auf, aktiv zu ihrer Verhinderung beizutragen.

Die Volksrepublik Bulgarien unterstützt die Vorschläge der Deutschen Demokratischen Republik, daß beide deutsche Staaten durch einen Vertrag oder durch selbständige Erklärungen auf Kernwaffen in jeder Form verzichten.

Die Herstellung normaler diplomatischer Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und der westdeutschen Bundesrepublik auf der Basis der friedlichen Koexistenz, voller Gleichberechtigung und gegenseitiger Achtung ihrer Souveränität würde ein wesentlicher Beitrag zur Verminderung der Spannungen in Europa sein. Im Zusammenhang damit begrüßt die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Aufnahme von offiziellen Handelsbeziehungen zwischen der Volksrepublik Bulgarien und der westdeutschen Bundesrepublik und betrachtet sie als einen Schritt in dieser Richtung.

Beide Seiten weisen die Versuche der westdeutschen Revanchisten, Westberlin, das eine selbständige politische Einheit ist und nicht zur westdeutschen Bundesrepublik gehört, in die Bundesrepublik einzugliedern, entschieden zurück. Westberlin liegt auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik und gehört rechtmäßig zu ihr. Die Bereitschaft der Deutschen Demokratischen Republik, der Umwandlung Westberlins in eine neutrale Freie Stadt zuzustimmen, ist ein Ausdruck ihrer Verständigungsbereitschaft und ihres großen Entgegenkommens; ist ein Beweis für ihre Verbundenheit mit der Sache des Friedens und für ihren Wunsch, ihren Beitrag zur internationalen Entspannung zu leisten.

Die Volksrepublik Bulgarien lehnt die völkerrechtswidrigen Ansprüche der westdeutschen Imperialisten, im Namen ganz Deutschlands zu sprechen, ab und verurteilt ihre Versuche, mit Hilfe der Hallstein-Doktrin andere Länder zu zwingen, ihre revanchistischen Ansprüche anzuerkennen.

Im Kampf um die Beseitigung der Gefahr eines Atomkrieges messen beide Staaten den Vorschlägen für die Schaffung atomwaffenfreier Zonen große Bedeutung bei. Sie bestätigen ihre Entschlossenheit, die Schaf-